

PRESSEINFORMATION

Berlin, 16. Mai 2006

Bundesregierung plant Streichungen im Nahverkehr – Aktionsbündnis „Gegen Kürzungen bei Bahn und Bus“ aus NRW führt Protest in Berlin an

NRW trägt breiten Widerstand gegen Mittelkürzungen im Nahverkehr in die Bundeshauptstadt

Einsparungen von 3,3 Milliarden Euro bis 2010 vorgesehen / Massive Einschnitte im Leistungsangebot drohen / NRW hat 480.000 Unterschriften von Fahrgästen gesammelt und in der Hauptstadt an die Bundespolitik übergeben

Die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen wichtiger öffentlicher Gelder – der so genannten Regionalisierungsmittel – schweben wie ein Damoklesschwert über dem öffentlichen Personennahverkehr: Bis 2010 sollen bundesweit 3,3 Milliarden Euro eingespart werden. „Kahlschlagartige Streichungen in dieser Höhe verteuern und verschlechtern das Verkehrsangebot und gefährden die Leistungsfähigkeit des Systems ÖPNV insgesamt“, stellt Günter Elste, Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), klar. Sollten die Kürzungspläne in die Tat umgesetzt werden, drohen massive Einschnitte im Leistungsangebot.

Gegen diese Pläne formiert sich in allen Bundesländern der Widerstand von Verkehrsverbänden und -unternehmen, von Interessenverbänden und auch seitens der Politik. Besonders aktiv engagieren sich die Zweckverbände und Verkehrsverbände und -unternehmen in Nordrhein-Westfalen: Im bevölkerungs- und verkehrsreichsten Bundesland haben sie mit Unterstützung der Kommunalpolitik das Aktionsbündnis „Gegen Kürzungen bei Bahn und Bus“ gegründet. „Die geplanten massiven Einschränkungen schaden in erster Linie den Fahrgästen“, erklärt Walter Reinartz, Vorsitzender der Landesgruppe NRW des VDV, Vorstand der Kölner Verkehrsbetriebe und einer der Initiatoren des Aktionsbündnisses. Die Dramatik der drohenden Kürzungen, die sich überproportional auf das Leistungsangebot auswirken würden, verdeutlicht Martin Husmann, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Agentur Nahverkehr NRW, Vorstand der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR und ebenfalls Initiator des Aktionsbündnisses: „Jede 5. Bahnverbindung könnte ersatzlos wegfallen, auch Bus und Stadtbahn wären betroffen.“

AKTIONSBÜRO

NRW-Aktionsbündnis „Gegen Kürzungen bei Bahn und Bus“
c/o Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
Augustastraße 1, 45879 Gelsenkirchen

Hans Oehl
Telefon 0209/1584 – 430, Fax 0209/1584 – 123 430
Mail oehl@vrr.de



Dadurch stehen bundesweit die Erfolge der Regionalisierung, nämlich Steigerungen von 30 Prozent bei den Fahrgastzahlen und Qualitätsverbesserungen im Nahverkehr, auf dem Spiel.“ Auf die Gefahr einer Verlagerung des Verkehrs auf die Straße verweist Karsten Möring, Vorsitzender der VRS-Zweckverbandsversammlung: „Wir kennen bereits heute das Bild von Autobahnen, auf denen nichts mehr rollt. Dieser Zustand würde sich massiv verschärfen – bis hin zum Verkehrskollaps.“

Im Rahmen eines landesweiten Aktionstags „Gegen Kürzungen bei Bahn und Bus“ am 10. Mai hatte das Aktionsbündnis in NRW die Fahrgäste in den Protest mit einbezogen: In mehr als 40 Städten in ganz Nordrhein-Westfalen konnten sich die Fahrgäste mit ihrer Unterschrift auf vorbereiteten Postkarten gegen die drohenden Kürzungen aussprechen. Darüber hinaus konnte auch auf einer eigens eingerichteten Internetseite gegen die Streichungen abgestimmt werden. Insgesamt sind so rund 480.000 Unterschriften von Fahrgästen gegen die Einsparungen bei Bahn und Bus zusammengekommen – 400.000 per Postkarte und 80.000 über das Internet. „Die gemeinsame Botschaft von Fahrgästen, Zweckverbänden, Verkehrsverbänden und -unternehmen ist eindeutig: Wir brauchen auch langfristig einen funktionsfähigen Nahverkehr und keine pauschalen Kürzungen, wie sie jetzt geplant sind“, so Martin Husmann.

Diese Botschaft ist am heutigen Dienstag (16. Mai) in Berlin angekommen: Am Alexanderplatz, dem mit täglich 200.000 Umsteigern meist frequentierten Nahverkehrsknotenpunkt der Hauptstadt, hat das Aktionsbündnis die in NRW gesammelten Postkarten präsentiert und später an Achim Großmann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, übergeben. Vor Ort am Alexanderplatz nutzten zahlreiche Vertreter von Verkehrsverbänden und -unternehmen aus verschiedenen Bundesländern sowie Kommunal- und Landespolitiker die Gelegenheit, noch einmal ihrem Protest gegen die geplanten Streichungen Nachdruck zu verleihen. „Die Politik muss entscheiden, ob sie weiterhin einen hochwertigen und für die Fahrgäste bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr will, oder ob sie Streckenstilllegungen und Angebotseinschränkungen befürwortet“, so Walter Reinartz mit Blick auf die Entscheidung über die Mittelkürzungen, die aktuell auf der politischen Tagesordnung in Berlin steht: Heute und morgen (16. und 17. Mai) beschäftigt sich die Verkehrsministerkonferenz zum wiederholten Male mit diesem Thema – in einer ersten Stellungnahme hat das Gremium, genau wie der Bundesrat, die Kürzungen in der geplanten Höhe bereits als verkehrs- und umweltpolitisch unverantwortlich abgelehnt. In den kommenden Wochen gehen dann auch die parlamentarischen Beratungen über die in das Haushaltsbegleitgesetz eingebundenen Kürzungsabsichten in ihre entscheidende Phase. Dabei erwarten die Nahverkehrsverantwortlichen vom Bund, die geplanten Streichungen auf ein verträgliches Maß zu beschränken. Der ÖPNV sei grundsätzlich bereit, seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Die aktuell geplanten pau-

schalen Kürzungen orientierten sich allerdings in keinster Weise am durch die Fahrgäste definierten Bedarf der einzelnen Länder.

Sowohl die Höhe als auch die geplante Umsetzung der Einsparungen stoßen bei den Landesregierungen auf Kritik, so auch in NRW. Wie schon bei der zentralen Veranstaltung des Aktionstags in Düsseldorf stellte der nordrhein-westfälische Verkehrsminister Oliver Wittke auch in Berlin klar: „Streichungen noch in diesem Jahr sind gar nicht zu realisieren. Für das kommende Jahr wäre es möglicherweise vorstellbar, auf die bisherige jährliche Dynamisierung der Mittel um 1,5 Prozent einmalig zu verzichten.“ 2007 sollten dann im Rahmen einer Revision des geltenden Regionalisierungsgesetzes die bisherige Verwendung der Gelder überprüft sowie der konkrete Bedarf und die Höhe der Mittel für die kommenden Jahre neu festgelegt werden.

Kontakt

Aktionsbüro „Gegen Kürzungen bei Bahn und Bus“



Hans Oehl
(Pressesprecher VRR)
Tel. 0209 / 1584-430
Fax 0209 / 1584-123-421
Mobil 0163 / 50 95 430
e-Mail: oehl@vrr.de



Ariane Weber
(Pressesprecherin VRS)
Tel. 0221 / 20808-47
Fax 0221 / 20808-40
Mobil 0160 / 96 35 23 61
e-Mail: Ariane.Weber@vrsinfo.de